

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

28.5.1923 (No. 121)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3616.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 A — Einzelnummer 200 A — Anzeigengebühr: 125 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifferter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erklärungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht juristisch gelesen und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Das Gesamtbild der Arbeitsmarktlage ist durch weitere Verschlechterung gekennzeichnet. Entsprechend erhöhte sich die Zahl der unterfühlten Erwerbslosen gegenüber der Vorwoche um insgesamt 1112 Personen. Die Entlassungen erstrecken sich auf ziemlich alle Berufsgruppen.

Von Industrien zeigt lediglich die Forstheimer Schmutzwaren-Industrie eine Belebung, deren Wirkung ist, daß 16 Firmen, die in der letzten Zeit mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten, wieder zur Vollarbeit zurückkehren konnten. Sonst beschränkt sich die Nachfrage nach Arbeitskräften auf landwirtschaftliches Personal und Hausanstellung.

#### Das argentinische Konsulat in Mannheim

Herrn Edmund Lagos ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden, nachdem er zum argentinischen Konsul in Mannheim ernannt wurde. Er ist jetzt zur Ausübung aller konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

#### Eine Unterredung mit dem badischen Staatspräsidenten.

Der leitende Redakteur des „Volkstreu“, Abg. Schöpflin, hat den badischen Staatspräsidenten um eine Unterredung, in der er an den Staatspräsidenten eine Anzahl von Fragen richtete, die dieser unter Berücksichtigung seiner verantwortungsvollen Stellung beantwortete.

Frage: „Sind Sie, Herr Staatspräsident, bereit, mir im Hinblick auf die außerordentlich ernste Lage, in der sich Deutschland den Entente-Ländern gegenüber befindet, zu der Frage eines Verhandlungsangebotes Deutschlands an die Entente-Mächte Auskunft zu geben?“

Antwort: „Mit dem nötigen Vorbehalt, den sich jeder verantwortliche Minister jetzt auferlegen muß, will ich das tun, weil auch mir die Zeit gekommen erscheint, in welcher jedermann nach Maßgabe seiner Kräfte helfen muß, die innenpolitische Situation in Deutschland zu klären, damit möglichst bald das Leid der deutschen Bevölkerung in den rheinischen Landen ein Ende findet.“

Frage: „Die letzte Note der deutschen Regierung an die Entente, die das Angebot enthält, ist allgemein sowohl im Ausland wie im Inlande recht ungünstig aufgenommen worden, weil sie im Ton recht unglücklich war. Darf ich nun, Herr Staatspräsident, mir die Frage erlauben, ob den Ministerpräsidenten bei ihrer Konferenz in Berlin der Inhalt der Note vor ihrer Absendung bekannt gegeben worden ist, oder ob auch die Ministerpräsidenten, wie die Parteiführer, den Inhalt erst nach der Veröffentlichung kennen gelernt haben?“

Antwort: „Den Ministerpräsidenten ist die Note vor ihrer Absendung an die Entente-Länder nicht bekannt gegeben worden. Der Herr Außenminister hat sich darauf beschränkt, aus ihr lediglich mitzuteilen, in welcher Richtung sich das Angebot bewege. Wie die Vorgespräche der Reichsregierung mit den Parteiführern, haben auch jene mit den Ministerpräsidenten nur informativ Charakter. Nach der Reichsverfassung kommt allein der Reichsregierung die Verantwortung für Form und Inhalt der Note zu. Vor wichtigen Entschlüssen sucht die Reichsregierung gewöhnlich die Meinung der Landesregierungen festzustellen, ohne sich hierbei irgendwie binden zu lassen.“

Zu der Frage, ob die Note in ihrem Ton unglücklich und in ihrem sachlichen Teil unzulänglich war, möchte ich mich eines Urteils enthalten. Die zu der Note von dem Herr Reichskanzler Cuno gehaltenen Rede an die Ministerpräsidenten kann als ein Kommentar der Note angesehen werden. Leider hat diese Rede, wie ich glaube, aus rein technischen Gründen, in der deutschen wie in der ausländischen Öffentlichkeit nicht die gebührende Beachtung gefunden.“

Frage: „Haben die Ministerpräsidenten bei der ungeheuren Bedeutung der Angelegenheit nicht Veranlassung genommen der Reichsregierung die Auffassung mitzuteilen, die bei den Landesregierungen hinsichtlich eines Angebotes, seiner Form und seines Inhaltes besteht?“

Antwort: „Meines Wissens haben mehrere Landesregierungen, darunter auch die badische, schon vor der Konferenz hinsichtlich der Abgabe eines Angebotes überhaupt zustimmende Erklärungen abgegeben. Auf der Konferenz selbst geschah dies gleichfalls. Vor allem drehte sich auf der Konferenz die Unterhaltung über den in Frage kommenden materiellen Inhalt der Note. Über die Form zu reden, war keine Möglichkeit, da diese nicht bekannt gewesen.“

Frage: „Aus einer Mitteilung des „Augsburger Postzeitung“ ersichtlich, daß der bayerische Ministerpräsident, Herr von Knilling, sich lebhaft gegen die Haltung der Reichsregierung in der Angebotsfrage gewendet hat. Da als sicher anzunehmen ist, daß die Mehrzahl der Ministerpräsidenten den Standpunkt der bayerischen Regierung nicht teilt, muß es doch zu einer eingehenden Aussprache auf der Konferenz gekommen sein?“

Antwort: „Wegen der Frage, ob überhaupt eine Note abgegeben werden sollte, gab es keine große Unterhaltung. Mit einer einzigen Ausnahme war darüber eine einmütige Auffassung vorhanden. Die allerdings sehr eingehende Aussprache drehte sich um die anzubietenden geldlichen Leistungen, um die Garantiefrage und um die Frage der Sicherungen der deutsch-französischen Grenze. Insbesondere spielte dabei die Garantiefrage eine erhebliche Rolle. Daraus ergibt sich schon, welche Bedeutung die Garantiefrage bei der zu suchenden Verständigung mit den Entente-Ländern spielt.“

Wenn Sie, Herr Abgeordneter, mich fragen: „Darf ich weiter nach Ihrer persönlichen Auffassung in der Frage der Garantien mich erkundigen?“, so muß ich jetzt im Hinblick auf die vorliegenden Sachumstände ganz offen reden.“

Deutschland hat den Krieg verloren. Deutschland ist verpflichtet, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, nach Kräften Kriegsschadigung zu leisten. Umgekehrt aber müssen auch die Entente-Länder die Deutschland aufzuerlegende Kriegsschadigung unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft festsetzen. Die von Deutschland für Zwecke der Leistung von Kriegsschadigung auf dem internationalen Geldmarkt aufzunehmenden Anleihen erfordern eine Verpfändung deutscher Sachwerte. Nach dem Friedensvertrag von Versailles ist das gesamte deutsche Nationalvermögen, damit also auch das Privatvermögen, zum Zwecke der Sicherung der Wiedergutmachungsleistung an die Entente verpfändet. Die internationalen Hoffnungen, in welchem Deutschland Anleihen nur in dem Ausmaß gewährleisten, in welchem Deutschland Verpfändungsobjekte anzubieten vermag. Wenn z. B. durch die Geldentwertung die Hypothekenschuldner von ebendem durch Ableistung ihrer Schulden in Papiermark „gemachte Leute“ wurden und die Hypothekengläubiger ihre Existenzmittel verloren und massenhaft soweit sie sich aus Kleinrentnern rekrutieren, mit öffentlichen Mitteln vor dem Verhungern geschützt werden müssen, dann ist es nicht mehr als recht und billig den entschuldeten Besitz in jeder Form zugunsten der Garantieleistungen für Reichsanleihebesitzer dinglich zu belasten. Daß daneben bestimmte Einkünfte des Reiches und der Staaten und Vermögensobjekte derselben in gleicher Weise als Pfandobjekte dienen müssen, ist ganz klar.“

Frage: „Glauben Sie, Herr Staatspräsident, daß die Frage der Garantien genügend gelöst werden kann, ohne daß die Industrie durch eine energische, rasch und systematisch durchgeführte Gesetzgebung als Garantien und Leistungspflichtige herangezogen wird?“

Antwort: „Nein! Selbst in erheblichen Kreisen der Industrie hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß die Industrie in aller erster Linie zur Lösung des Garantieproblems mit herangezogen werden muß. Allerdings sperren sich dagegen noch verschiedene einflussreiche Führer, was auch wohl der Grund dafür sein wird, daß die Fertigstellung der neuen Note sich solange verzögert. (Inzwischen ist das Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie veröffentlicht worden. Red. der „Karlsruh. Ztg.“) Wenn es dahin kommen sollte, daß in weiten Volksteilen die Schuld für die Folgen eines unentschlossenen Handelns im wesentlichen der Industrie zugeschoben wird, dann sind die daraus entstehenden innenpolitischen Schwierigkeiten unabsehbar. Ich weiß mich in dieser Frage im großen und ganzen mit den maßgebendsten Vertretern der Industrie des badischen Landes durchaus eins, und ich hoffe zuversichtlich, daß nun auch bald die leitenden Personen der industriellen Spitzenverbände des Reiches, aus der nun einmal vorliegenden Sachlage die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen.“

Frage: „Ist Ihnen bekannt, Herr Staatspräsident, daß bei uns in Süddeutschland der Unmut und die Erregung darüber im Wachsen begriffen ist, daß die Reichsregierung in einer Weise mit der Fertigstellung und Absendung der neuen Note zögert, die nur als schädlich angesehen werden kann?“

„Allerdings ist mir das bekannt,“ antwortete der Staatspräsident. „Auf die Frage, ob etwa die Schwerindustrie als Hemmschuh für ein rechtzeitiges Handeln angesehen werden kann, bemerkte der Staatspräsident, daß diese Behauptung allerdings kurzweilig, wobei aber außer Acht gelassen würde, daß eine Verständigung über eine solche schwerwiegende Frage schon im Hinblick auf die dabei in Frage kommenden technischen Schwierigkeiten viel Zeit beanspruche. Auf die Formel allein, die Schwerindustrie wolle überhaupt nichts zahlen, lasse sich die aufgeworfene Frage nicht bringen.“

Schließlich stellte Schöpflin dem Herrn Staatspräsidenten noch als letzte die Frage, ob nicht die Haltung der gegenwärtigen Reichsregierung mit jener verhängnisvollen Haltung zu vergleichen sei, welche die kaiserliche Regierung im Sommer 1917 gegenüber den damaligen Friedensmöglichkeiten eingenommen habe.

Die Antwort hierauf lasse sich so einfach nicht geben, bemerkte der Staatspräsident. „Die Menschen sind ja sehr leicht geneigt, aus der Geschichte nichts zu lernen. Andererseits soll man sich hüten, in gewissen Vorgängen bestimmte Parallelen zu in der Vergangenheit liegenden Ergebnissen zu suchen. Immerhin läßt sich nicht bestreiten, daß das deutsche Volk augenblicklich wieder einmal vor einer gleich schweren und entscheidungsschwangeren Situation steht wie im Sommer des Jahres 1917. Es gehört viel mehr Mut und andererseits auch viel mehr Einsicht in Entwicklungsmöglichkeiten dazu, um in einer Zeit, wo die große Masse des Volkes in die geschichtlichen Vorgänge noch keinen klaren Einblick hat, dem Staatsführer einen andern Kurs zu geben. Im Strome allgemeiner Panikologie zu schwimmen, scheint mir für Männer in verantwortungsvoller Stelle ebenso verfehlt zu sein, wie sich nicht frei zu machen von der Theorie der Katastrophentheorie, die alles, was sie tun, auf eine Karte setzen, um dann, wenn sie ins Scheitern geraten, nach Schuldigen zu suchen, die ihnen angeblich den Dolchstoß von hinten beigebracht haben.“

### Politische Neuigkeiten.

#### Das Garantieangebot der Industrie.

Der Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie, gipfelte in dem Angebot einer subsidiären Garantie, die die Industrie in einer bestimmten Höhe — 40 Prozent von 500 Millionen Goldmark jährlich auf 30 Jahre — übernehmen und wofür sie mit ihrem Grundbesitz und ihren Gebäuden haften will. So sehr die Konstruktion des Vorschlages, die Höhe der Garantieleistung und die damit verknüpften Forderungen vielleicht Anlaß zur Kritik geben können, so ist doch die Feststellung wichtig, daß der Reichsverband, also die maßgebende Vertretung der deutschen Industrie, in seinem Beschlusse grundsätzlich die Erfassung der Sachwerte als eine politische Notwendigkeit anerkannt hat, der nicht mehr ausgewichen werden kann. Dieses Bekenntnis verdient, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, festgehalten zu werden, weil es zeigt, daß auch die Industrie, wenigstens im Prinzip, sich in die Reihe derer stellt, die die Fortführung der internationalen Aussprache durch eine positive Erweiterung des letzten deutschen Reparationsvorschlages für unumgänglich halten. In dieser Beziehung muß der Beschluß des Reichsverbandes auch von der Reichsregierung als ein wesentliches Symptom gewürdigt werden.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dann weiter aus Berlin, 27. Mai, folgendes:

„Es ist von uns wiederholt festgestellt worden, daß sich die Reichsregierung bis jetzt noch zu keinem positiven Entschluß über ihren neuen Schritt durchringen konnte, obwohl ihr bekannt ist, daß die große Mehrheit des Reichstages von ihr neue, weitgehende Anstrengung mit dem Ziele einer Verständigung in der Reparationsfrage erwartet. Auch gestern abend bei der Aussprache mit den Parteiführern werden die Herren Dr. Cuno und Dr. v. Rosenberg über die Auffassungen der maßgebenden Parteien, also der Sozialdemokraten und der Mittelparteien, eingehend unterrichtet worden sein. Schon vor einigen Tagen haben wir auf dem Umstand aufmerksam gemacht, daß eine gewisse Entfremdung zwischen den genannten Parteien und den leitenden Regierungsstellen eingetreten ist, und wir müssen ernsthaft bezweifeln, daß die gestrige Aussprache zwischen dem Kanzler und den Parlamentariern eine merkbare Näherung bewirkt habe. Dabei kann keine Rede davon sein, daß etwa irgend eine Partei den Sturz des Kanzlers oder einen Regierungswechsel anstrebt; im Gegenteil, Herr Dr. Cuno weiß, daß die Parteien wünschen, daß er und sein Kabinett die Politik auch weiterhin führen. Aber es handelt sich darum, ob die durch Herrn Dr. Cuno geleitete Regierung glaubt, ihre Entschlüsse über den neuen deutschen Schritt im Einklang mit den Wünschen der die Mehrheit bildenden Reichstragsfraktionen fassen zu können. Dabei kommen vor allem zwei Fragen in Betracht: zunächst ob für die Anzahl und das Ausmaß der neu anzubietenden Annuitäten der Vorschlag vom 2. Mai unübersteigbare Grenzen gezogen habe, und zum andern die Frage, wie weit man in der Präzisierung der Garantien zu gehen habe. Alle diese Fragen sind nach unseren Eindrücken heute innerhalb der Regierung selbst und zwischen der Regierung und den Parteien noch nicht geklärt, und es wird in der kommenden Woche die Aufgabe beider Teile sein, das sie möglichst rasch in positivem Sinne gelöst werden. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß man in parlamentarischen Kreisen bis weit in die Mitte hinein der weiteren Entwicklung der Dinge mit ernster Sorge entgegenfieht.“

Paris, 27. Mai. Die Meldungen, wonach die deutsche Industrie sich endlich bereit erklärt habe, die künftigen deutschen Zahlungen durch solide Garantien zu verbürgen, machen hier einen guten Eindruck. Selbst der nationalistiche „Figaro“ meint, wenn diese Meldung sich bewahrheiten sollte, so wäre hier ein sehr beachtenswerter Fortschritt erzielt, denn noch vor einigen Tagen habe die Rechte in Deutschland jede Konzession dieser Art aufs schärfste bekämpft. Die deutsche Regierung sei stets von der Absicht geleitet gewesen, zu einer Regelung der

Reparationsfrage zu gelangen, ohne das eigene Nationalvermögen bluten zu lassen. Sie scheine jetzt zu der Ansicht gekommen zu sein, daß es keinen Ausweg aus der jetzigen Situation gebe, solange sie sich nicht entschließen, einen Teil des Kapitals zu opfern.

Aus Berlin wird dem „Volksfreund“ heute früh telefonisch gemeldet, daß die Reichsregierung den Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats zu Mittwoch nachmittags einberufen hat. Der Ausschuss soll Stellung nehmen zu der Ergänzungsnote an die Entente.

### Die Vorgänge im Ruhrgebiet.

**Bosum, 27. Mai.** Gestern abend hatte die Feuerwehr durch den Selbstschutz der Gewerkschaften so viel Verstärkung erhalten, daß sie die von den Aufständigen stark belagerten Straßen säubern konnte. Stark bewacht, machte die Besatzung auf zwei Wagen eine Streife durch das Stadlinnere, wobei es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit den Kommunisten kam. Schon in den Abendstunden hatten diese 5 Tote und weit über 80 Verletzte. Auf einem Plakat der Stadt hatte der Selbstschutz eine Verhandlungsstelle eingerichtet, die den Verletzten die erste Hilfe zuteil werden ließ. In den ersten Abendstunden gingen die Hundertschaften auf Plünderungen aus. Sie zogen zum Stadtparviertel, wo sie die Willen Korte, Feingmann und Widmann stürmten und auszuplündern versuchten. Dabei wurde der Kaufmann Widmann von den Kommunisten aus der Wohnung geschleppt und mitgenommen. Die Feuerwehr rückte gegen die Plünderer vor und befreite Widmann. Es kam zu einer regelrechten Schlacht zwischen Schutzwehr und Aufständigen, die sich durch die ganze Stadt fortsetzte und blutige Opfer forderte. Nach den vorläufigen Feststellungen haben die Angreifer etwa 18 Tote und 80 Verwundete. Die genaue Zahl steht noch nicht fest.

In den Morgenstunden des Sonntags war es verhältnismäßig ruhig. Die Syndikalistik hielten im Stadtparksaal eine Versammlung ab, die ohne Zwischenfall verlief. In der Nacht zum Samstag wurde der Nachwächter Otto Krüger auf der Jede Hannibal Schacht I erschossen, in der Nacht zum Sonntag der Oberstadtschreiber Blum, der dem Selbstschutz angehörte. Der Selbstschutz ist gegenwärtig über 2000 Mann stark und hat Waffen von der französischen Besatzungsbehörde zur Verfügung gestellt bekommen. Durch Anschlag ist bekannt gemacht worden, daß die Straßen von 10 Uhr abends bis früh 4 Uhr gesperrt sind. Das Theater und alle öffentlichen Lokale sind geschlossen.

Als außerordentlich schwer wird es empfunden, daß der Fernsprechverkehr, der seit Monaten von den Franzosen gesperrt ist, auch jetzt nicht freigegeben wird. Bei den blutigen Vorfällen können daher weder Ärzte zu Hilfe gerufen werden noch Angehörige von Krankenhäusern benachrichtigt werden. Ununterbrochen irren Eltern und Angehörige von Vermissten, Toten und Verwundeten in der Stadt umher, um zu erfahren, wo ihre Lieben sich befinden.

**Dortmund, 28. Mai.** Die kommunistischen Hundertschaften verhielten in verschiedenen Stadtteilen die Polizei zu überumpeln. Besonders schwer waren die Kämpfe auf der Straße „Minister Stein“. Die Polizei schied Verstärkungen vorhin. Auf der Rückfahrt nach Dortmund wurde ein Auto der Polizei von den Kommunisten angegriffen und mit Handgranaten beworfen, wobei ein Beamter getötet wurde, mehrere andere Beamte wurden verletzt. Durch einen Schuss in den Benzinbehälter wurde das Auto bewegungsunfähig gemacht. Bei den weiteren Kämpfen wurde wiederum eine Reihe Beamter verletzt. Über die Verletzungen auf der Gegenseite ist noch nichts bekannt.

**Elberfeld, 28. Mai.** Auf das erneute Ansuchen des Polizeipräsidenten um Zulassung der Polizei unter eingehender Darlegung der Verhältnisse ist wiederum eine Ablehnung von französischer Seite erfolgt. Es wurde aber gefastet, daß kommunale Polizei in den Orten verwendet werden darf, in denen die Lage bedrohlich ist. Die französischen Kommandanten der betreffenden Orte haben aber vorher die Erlaubnis zu geben.

**Essen, 28. Mai.** Die Besatzung, die den Franzosen in der Reichsbank in die Hände gefallen ist, ist viel größer, als man aus den ersten, unbesätigten Gerüchten, die darüber im Umlauf waren, vermuten konnte. Nach den neuerlichen Feststellungen sind insgesamt 97 Milliarden Mark von den Franzosen

erbeutet worden. Vor der Reichsbank stehen immer noch drei Tanks, um das Geld vor Überraschungen zu schützen und in den Räumen der Reichsbank sind noch französische Wachen, die vorgezogen den Beutezug unternehmen.

**Frankfurt a. M., 28. Mai.** Nach einer Bekanntmachung des Generals Degoutte sollen sämtliche Eisenbahner sich innerhalb zwei Tagen der französischen Regie zur Verfügung stellen, andernfalls sie ausgewiesen werden, soweit sie das 60. Lebensjahr nicht vollendet haben. Angestellte, Beamte und Arbeiter über 60 Jahre gelten als aus dem aktiven Dienst entlassen und verlieren damit jeden Anspruch auf Bezüge.

**Schäft, 27. Mai.** Die militärische Besetzung der Farbwerke ist aufgehoben worden. In dem seit 15. Mai stillgelegten Betrieb wird die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden.

### Das neue englische Kabinett.

Die Berufung Lord Robert Cecil's und Mac Kennas (bekannt durch seine vernünftigen Vorschläge in der Reparationsfrage) in das Kabinett Baldwin, hat in Paris den in die neue englische Regierung gesetzten Hoffnungen einen starken Dämpfer aufgesetzt, und die selbst in offiziellen Kreisen genährte Illusion, bei Herrn Baldwin mehr Verständnis und Entgegenkommen für die französische Außenpolitik zu finden als unter seinen Vorgängern, macht einer pessimistischen Betrachtung Platz. Die nationalistiche Presse läßt sich in ihrer berechtigten Enttäuschung sogar zu recht scharfen Beschimpfungen der beiden englischen Staatsmänner hinreißen.

So schreibt das „Echo de Paris“ von Lord Robert Cecil, er sei immer blind und von passiver Voreingenommenheit gegenüber der deutschen Gefahr gewesen. Den Völkerbund, dessen Dienst er sich verschrieben habe, habe er in allem unterstützt, was den gerechten Forderungen Frankreichs schaden und die Wiederherstellung Deutschlands zu fördern vermochte. So habe er sich in der jüngsten Zeit eine geradezu skandalöse Rede über das Saargebiet gehalten. Über Mac Kenna urteilt das Blatt, er habe sich stets als ein gefährlicher Gegner Frankreichs gezeigt. Die Freunde, die Frankreich in England besäßen, hätten bereits bei den verschiedenen Gelegenheiten vor ihm gewarnt. Einem der einflussreichsten Führer der englischen Hochfinanz, habe er sich wiederholt über die Reparationsfrage in einer für Frankreich wenig befriedigenden Weise geäußert. Es sei zu befürchten, daß die beiden neuen Mitglieder des Kabinetts versuchen würden, sich stark in die Führung der auswärtigen Politik einzumischen.

Nicht liebenswürdig ist das „Journal“ in seiner Art. Es nennt Lord Robert Cecil den Apostel der chimärischen internationalen Kombinationen und Mac Kenna den Champion jener merkantilistischen englischen Einstellung, die bisher sich als eines der Haupthindernisse gezeigt habe, auf die die französischen Ansprüche gestoßen seien.

### Kurze Nachrichten.

\* Die Verkehrserschwerungen. Habas meldet: Die Rheinlandskommission ordnete nach einer Meldung aus Koblenz eine strengere Überwachung des Automobilverkehrs an. Jeder, der im Automobil oder mit Motorrad im Innern des besetzten Gebietes reisen will, müsse eine besondere Erlaubnis des Delegierten in der rheinischen Oberkommission besitzen. Des Weiteren ist ab 1. Juni für den Transport mit Brennstoffmaterial ein besonderer Verkehrsschein erforderlich. Wer dagegen verstoßt, hat die Beschlagnahme der Ladung und des Fahrzeuges zu befürchten.

\* Die bisherige Leistung der französischen Militärjustiz gegen die Eisenbahner. Die Gesamtdauer der im besetzten und Einbruchgebiet von den französischen Kriegsgerichten gegen Eisenbahndienstleistungen verhängten Strafen beträgt nach dem Stand vom 10. Mai 1923 im Bezirk der Reichsbahndirektion Ludwigsbafen 28 Jahre, 13 Tage; Karlsruhe 8 Monate, 9 Tage; Trier 7 Jahre, 10 Monate, 20 Tage; Elberfeld 5 Jahre, 1 Monat; Essen 21 Jahre; Frankfurt (Main) 1 Monat, 29 Tage; Köln 9 Jahre, 7 Monate, 8 Tage; Mainz 88 Jahre, 13 Monate, 11 Tage; insgesamt: 161 Jahre, 2 Monate.

### Das Problem der materialistischen Geschichtstheorie.

Von Dr. E. Kraus.\*

Wenn man die materialistische Geschichtstheorie gründlich kennen lernen und verstehen will, so muß man sie in ihrem ganzen geschichtlichen Werden, von ihren Anfängen im „Glend der Philosophie“ bis zu den im Marxismus nachgelassen gefundenen Manuskripten und in der nach seinem Tode von Engels, seinem treuesten Freunde und Mitarbeiter, weitergebildeten Form kennen; man muß sie studieren in ihrer ganzen Problem-entwicklung und ihrem Problemreichtum, nicht nur in den spezifisch theoretischen Schriften, sondern auch in den Arbeiten zur Politik des Tages, in den Zeitungsartikeln. Briefwechseln u. s. f. Je mehr man das tut, um so mehr wird man sehen, daß das, was der Vulgärmaterialismus, insbesondere aber die antisozialistische Tagespolitik Diskursion aus ihm gemacht haben, nur ein Zerstückeltes ist. Ihre Gegner haben die materialistische Geschichtstheorie zumeist nur als naturphilosophische oder weltanschauliche These abgetan. Man wies drauf hin, daß doch der Materialismus von der modernen Wissenschaft und Philosophie längst widerlegt und überholt worden sei, daß man es in ihm nur mit einer zeitgeschichtlich bedingten, völlig veralteten Grundlage zu tun habe, die nicht mehr ernst zu nehmen sei, und auf die heute keine Wissenschaft und keine Politik mehr aufzubauen werden könne, sofern sie ernst genommen sein will. Erst in neuerer Zeit haben sich hervorragende nationalökonomische Forscher wie Max Weber, P. Lange und W. Brant und Philosophen wie Paul Natorp bemüht, dem eigentlich sozialwissenschaftlichen Kern des Marxismus gerecht zu werden. Der „Materialismus“ des marxistischen Sozialismus hat nichts zu tun mit dem naturwissenschaftlich-philosophischen Materialismus. Fragestellung, Probleme und Lösungen, alles ist hier total von einander verschieden. Zugabe ist, daß dieser naturwissenschaftlich-naturphilosophische Materialismus, der in bewußter Reaktion gegen die naturphilosophischen Experimente des spekulativen Idealismus entstanden ist und Hand in Hand ging mit dem enormen Fortschritt der Naturwissenschaft, Industrie und Technik im 19. Jahrhundert, zeitweilig sehr stark auf die Begründer des Marxismus, auf ihre ganze geistige Einstellung und die besondere Formulierung ihres historischen Materialismus eingewirkt hat. Und trotzdem haben wir es hier mit zwei ganz verschiedenen Dingen zu tun. Wenn Naturphilosophen geht es darum, vom Boden der Naturwissenschaften aus ein einheitliches Weltbild

\* Aus: Dr. E. Kraus, Die geschichtlichen Grundlagen des Sozialismus. Eine Einführung in die materialistische Geschichtstheorie. („Wissen und Werten“ Bd. 8. G. Braun, Karlsruhe i. V. 1922).

Bekanntlich suchen die Franzosen die Eisenbahner mit den größten Versprechungen in bezug auf Sicherstellung ihrer Verantwortlichkeiten, auf Beförderung und auf Bezahlung in die „Regie“ zu locken. Nun ist ja längst bekannt, daß die Bezahlung nicht nur weit hinter den Versprechungen, sondern auch erheblich hinter der Bezahlung der Reichsbahn zurückbleibt. Doch aber auch die Verwendung nur nach Willkür geschieht, beweisen folgende Nachrichten:

Nach Mitteilungen aus Trier und Umgegend werden die wenigen übergelassenen Bediensteten des Zugbegleitdienstes zu den niedrigsten Dienstverrichtungen herangezogen. So wurde auf dem Bahnhof Karthaus ein übergelassener älterer Zugführer beobachtet, welcher gezwungen war, die Bahnhofsarbeiten mit dem Besen zu fegen. Ein Karthausener mit aufgepflanztem Seitengewehr folgte ihm auf dem Fuße und beaufsichtigte die Arbeiten. Ein anderes Beispiel ist das Schicksal von Verwaltungen gibt ein Vorkommnis in Wengerohr. Dort hatten drei Bahnbedienstete, und zwar 3 Brüder mit Haus und Grundbesitz, bei den Franzosen Dienste angenommen, weil ihnen außer hoher Bezahlung versprochen worden war, in Wengerohr bleiben zu dürfen. Unmittelbar nach der Dienstübernahme erhielten sie den Befehl, Dienst auf einem Bahnhof im Ruhrgebiet zu tun. Ihre Einwendungen wurden scharf zurückgewiesen. Da sie ihres Grundbesitzes wegen dem Befehl nicht nachkamen, mußten sie mit ihrer Bezahlung oder Ausweisung rechnen.

**Weimar, 26. Mai.** Die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten über die Bildung einer reinen Arbeiterregierung in Thüringen, sind von den Sozialdemokraten mit der Erklärung abgebrochen worden, daß die von den Kommunisten für ihren Eintritt in die Regierung gestellten Bedingungen, die völlige Selbstauflösung der Sozialdemokratischen Partei in sich schließen, was natürlich unannehmbar sei. Da auch die Kommunisten sich dessen bewußt gewesen sein müssen, hätten sie gar nicht den ersten Willen gehabt, zu einer Verständigung mit den Sozialdemokraten zu gelangen. Die Stellung der sozialdemokratischen Regierung in Thüringen ist dadurch erschwert, da ihr die Kommunisten die bisherige Unterstützung verweigern.

**Leipzig, 25. Mai.** Gegen den Schriftsteller Dr. Hoffmann-Krusche wurde heute vor dem Staatsgerichtshof wegen Beschimpfung des damals noch lebenden Ministers Rathenau, Beschimpfung der republikanischen Regierung und der deutschen Reichsflagge verhandelt. Es handelt sich um zwei Broschüren, die 1919 und 1920 geschrieben wurden und in antisemitischen Geistes gehalten sind und die bekannten Beschuldigungen der Deutschösterreichischen enthielten. Von der Auflage der öffentlichen Verbreitung der einen Broschüre wurde er freigesprochen, da bekannt worden war, daß sie nicht öffentlich verkauft, sondern nur an Bekannte abgegeben worden war. Wegen der Verbreitung der zweiten Broschüre dagegen wurde er für schuldig im Sinne der Auflage befunden und zu 9 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Vorwürfe gegen Rathenau, daß er die Kriegsgesellschaften nur organisiert habe, um Deutschland zu vernichten, und die gegen ihn mitgerichteten allgemeinen Beschuldigungen, daß das Judentum den Krieg verschuldet und seinen unglücklichen Ausgang herbeigeführt habe usw., sei ungefähr das schändlichste, was einem führenden Mann vorgeworfen werden könne. Der deutschösterreichische Teil der Jurisprudenz nahm das Urteil mit Zufriedenheit des Mißfallens auf.

**Warschau, 26. Mai.** In der heutigen Sejmung ist der Antrag eines Mikraunensdumms für das Kabinett Sitoriski mit 279 gegen 117 Stimmen beschlossen worden.

### Badische Übersicht.

#### Wirtschaftliche Wochenschau nach dem Stand vom 25. Mai 1923.

**DZ. Gelmhardt.** Die Lage des Gelmhardt'schen Marktes immer verwickelter. Vorübergehend in dieser Woche stand der Dollar schon auf 60 000 und verlor schließlich auf 55-56 000 Mark. Kein Wunder, daß die deutsche Marktaufgabe sich auf den Stand der österreichischen heruntergefallen ist. Vor dem Krieg kosteten 100 deutsche Mark 125 österreichische Kronen

keine naturwissenschaftliche Metaphysik oder Antimetaphysik, aber auch keine Moralphilosophie. Die eigentliche geschichtstheoretische, soziologische Leistung des Marxismus wird um so klarer, je mehr man ihn von diesem philosophisch-metaphysischen Materialismus abridet. In diesem Sinn hat Max Adler Recht, wenn er, was natürlich nur mit einer gewissen Abstreitung zu verstehen ist, sagt, daß der geschichtstheoretische Kern des marxistischen Materialismus nichts darüber aussagt, von welcher Philosophie er überbaut oder unterbaut sein kann. Der Verfasser vorliegender Schrift möchte nicht ganz so weit gehen; er ist der Auffassung, daß nur der wissenschaftstheoretische und wissenschaftskritische Begriff der Philosophie, den Kant in seiner transzendentalen Methode geschaffen hat, in seiner systematischen Durchführung auch der marxistischen Geschichtstheorie gerecht werden kann, ganz abgesehen von den zahlreichen Ansätzen materialistischer Geschichtsbetrachtung, die sich in den verschiedenen geschichtstheoretischen Schriften Kants selbst finden. Der historische Materialismus ist keine Natur- und Moralphilosophie, sondern eine Geschichts- und Gesellschaftstheorie. Auch bei ihm handelt es sich allerdings um das Verhältnis eines Ideellen und Reellen, aber in einer ganz bestimmten Form, und wer diese überseht, wer sie unberücksichtigt läßt, der dringt nicht bis zum Kern vor. Es handelt sich hier nämlich um die Fundamente und Bewegungsgesetze der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Der Anknüpfungspunkt des Materialismus ist der Mensch und zwar als vergesellschafteter Mensch, der Mensch nicht in irgend einem abstrakt philosophischen Sinne, sondern der Mensch, eingekleidet in bestimmte gesellschaftszusammenhänge, in bestimmte Arbeits-, Rechts- und Kulturzusammenhänge. Den Zusammenhang und die inneren Beziehungen dieser verschiedenen Vergesellschaftungsphasen, ihre Gestaltungs- und Bewegungsprinzipien zu erforschen, daß ist die klar ausgesprochene Aufgabe, welche die materialistische Geschichtstheorie sich gestellt hat, das sind die Fragen, auf die sie eine Antwort zu geben versucht.

**Landestheater.** In der Mittwoch-Aufführung für die Volksbühne hatte Frau Olga Edelmann die Titelrolle als Gast übernommen. Ihr Spiel stand, auch wenn man an die eindrucksvolle Wiedergabe durch die jugendliche Selbin unseres Landestheaters denkt, auf hoher Stufe. Würdige, königliche Haltung vermählte sich glücklich mit wohlklingender Sprachtechnik. So gelang ihr die Begegnungsszene im Park, die hohe Anforderungen an die Darstellungsart der Selbin stellt, nicht übel. Auch der Auftritt im 5. Akt („bereit zur Ewigkeit zu gehen“), der noch einmal Gelegenheit, die ganze Gestaltungskraft der Schauspielerei für den inneren Kampf und Schmerz und dessen Auflösung wirkungsvoll zu entfalten.

und jetzt sind wir gerade so weit. Vor Jahresfrist noch galten 100 Mark 6000 Kronen. Die politische Ereignis, insbesondere die Unterbindung der deutschen Volkswirtschaft durch das französisch-belgische Raubsystem und unsere eigene innere Zerfalligkeit, bilden die Ursachen dieser entsetzlichen Erscheinung. In immer weiteren Kreisen setzt sich die Überzeugung durch, daß unser politischer und wirtschaftlicher Untergang nicht mehr aufzuhalten ist, wenn nicht in letzter Stunde etwas Außergewöhnliches geschieht. Im einzelnen kosteten 100 deutsche Mark am 24. Mai in Zürich 0,0099 (am 17. Mai 0,0119) Franken, in Amsterdam 0,0046 (0,0055) Gulden, in Stockholm 0,075 (0,099) Kronen, in Wien 125 (155), in Prag 630 (760) Kronen und in Neuyork 0,00194 (0,00214) Dollar.

**Wärte.** Die Katastrophenkasse lebt fort. Man kauft wieder blindlings und treibt die Kurse zum Teil über 100 000 Prozent hinaus mit der Begründung, daß die Effektenkurse immer noch nicht der Geldentwertung angepaßt seien. Die Flucht vor der Mark veranlaßt das Publikum, nach jedem beliebigen Wertpapier zu greifen. Auch in dieser Woche gilt der Satz, daß die Bewegung an der Börse noch viel stürmischer Formen angenommen hätte, wenn nicht ein starkes Mißtrauen gegen die überspannte politische Lage bestände. Die glänzenden Abschlüsse verschiedener großer süddeutscher Aktiengesellschaften aus verschiedenen Industriezweigen bilden gleichfalls eine starke Anregung für die Spekulation und das kaufmännische Publikum.

**Produktenmarkt.** Schon am Montag sind die Getreide- und Strohnötrungen um 1-2000 Mark gestiegen. Inzwischen hat auch der Mehlpreis der Süddeutschen Mühlenvereinigung von 300 000 auf 340 000 innerhalb 14 Tagen, also um 90 000 Mark pro Doppelzentner angezogen. Das gibt teures Brot. Am 24. Mai notierten in Berlin Weizen 96 000 (plus 12 000), Roggen 85 000 (plus 10 000), Gerste 77 000 (plus 11 000), Hafer 73 000 (plus 11 000), Mais 89 000 (plus 13 000) und Mehl 295 000 (plus 45 000) Mark. Der Unterschied zwischen dem norddeutschen und süddeutschen Mehlpreis fällt auf; aus der Frucht des ausländischen Getreides allein ist er nicht zu erklären.

**Warenmarkt.** In wildem Wirbel steigen die Preise für alle Warenkategorien. Es ist kein Halten mehr. Jede Übersicht geht verloren. Die großen Syndikate erhöhen ihre Multiplikatoren und die kleinen Verbände folgen nach. Der einzelne Unternehmer ist machtlos, der Kaufmann ein Spielball der wilden Wogen. Die Folge ist eine ungeheure Verteuerung des Lebens, die ihrerseits Kohnerhöhungen bedingt, worauf die großen Syndikate einen neuen Grund haben, ihre Preise wieder hinaufzusetzen und so weiter und so weiter. Zentnerweise wird das Papiergeld vermehrt, und es ist bald so weit, daß man um 1000 M. nichts mehr kaufen kann. Also haben wir, wie auch die Devisenkurse aufweisen, jetzt komplett österreichische Zustände. Im Westen gibt es schon Unruhen. Der Süden ist bis jetzt verschont geblieben, aber lange darf die Warenverteuerung nicht weitergehen, sonst wird der Hunger und die Not stärker als die Vernunft und Staatsordnung. Die Arbeits- und Ernährungsministerien sind wie Vogelscheuchen, auf die die Spaziergänger. Waren sie nicht meist in bestimmten Händen, das Geschick müßte man hören. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der es kaum einen anderen, als einen gewaltigen Ausweg gibt. Die Marktpreise der vorigen Woche sind schon wieder um 25 Prozent und noch mehr gestiegen. Der ehrliche Kaufmann findet sich nicht mehr zurecht. — **Wiesmarkt.** Das Unmögliche und Unwahrscheinliche ist doch Ereignis geworden. Die Viehpreise, sowohl die für Rind- als auch für Schafschlachtvieh sind nochmals ganz bedeutend gestiegen und scheinen ihren Höhepunkt immer noch nicht erreicht zu haben. Fleisch können nur mehr reiche Leute essen. Wo bleiben die fliegenden Marktgerichte? Was liegt daran, wenn ein paar Verschaffungen zuviel vorgenommen und einige unserer geschätzten Zeitgenossen beim Viehhandel für einige Stunden ihrer Freiheit beraubt werden, auch wenn ihnen nicht sofort die volle Schuld nachzuweisen ist. Das wäre doch wahrhaftig das kleinere Übel. Nach auch den Landwirten und Viehhältern muß immer wieder gesagt werden, daß sie nicht berechtigt sind, die auf den Viehhöfen bezahlten Preise nur auch von den Viehhändlern selbst zu verlangen, wenn diese aufs Land hinaus kommen. Denn die Viehhöfpreise enthalten die Frucht, den Gewichtverlust und die Geschäftskosten.

**Geldmarkt.** Das Geschäft nimmt schnell zu, die Preise steigen rapid. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank u. Post erfolgt vom 28. d. Ms. ab bis auf weiteres zum Preise von 200 000 M. für ein Zwanzigmarkstück, 100 000 M. für ein Zehnamarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 400fachen Betrage des Nennwertes.

## Die neue Ausfuhr-Freiliste.

Von der Handelskammer wird uns geschrieben: „Die schon seit geraumer Zeit von der Reichsregierung angekündigte Bekanntmachung über die erleichterte Ausfuhr gewisser Waren ist nach Mitteilung der Handelskammer Karlsruhe nunmehr nebst der zugehörigen Ausfuhrfreiliste im Reichsanzeiger Nr. 117 vom 23. Mai d. J. erschienen. Durch diese Bekanntmachung ist für die nachstehend genannten Waren unter den unten angeführten Bedingungen die allgemeine Ausfuhrbewilligung erteilt: Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, mineralische oder fossile Rohstoffe, Mineralöle; zubereitete Wachs, Seifen usw.; chemische und pharmazeutische Erzeugnisse usw.; tierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waren daraus; Menschenhaare, zugerichtete Schmiedefedern, Fächer und Hüte; Leder- und Lederwaren usw.; Kaufschufwaren, Wägen, Bürsten, Pinsel und Seidwaren; Waren aus tierischen oder pflanzlichen Schmirgel oder Formertstoffen; Papier, Kasse und Waren daraus; Bücher, Bilder, Gemälde; Waren aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen (mit Ausnahme der Tonwaren) sowie aus fossilen Stoffen; edle Metalle und Waren daraus; unedle Metalle und Waren daraus; Maschinen, elektrische Erzeugnisse; Fahrzeug; Feuerwaffen; Uhren; Konwertzeuge; Kinderpielzeug.

1. Die Preisstellung hat in ausländischer Währung zu erfolgen. Als ausländische Währungen sind diejenigen folgender Länder zugelassen: England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Spanien, Portugal, Italien, Finnland, Tschechoslowakei, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Süd- und Mittelamerika, Japan, China, Persien, Ägypten, sowie die der Kolonien und Protectorate dieser Länder. Der Reichskommissar kann auch andere wertbeständige Währungen für die Preisstellung zugelassen.

2. Vom Gegenwert sind mindestens 40 Prozent in Zahlungsmitteln der vorgeannten ausländischen Währungen unterzüglich nach Eingang der Reichsbank nach Maßgabe ihrer allgemeinen Geschäftsbedingungen anzubieten.

3. An Stelle der bisher erforderlichen Ausfuhrbewilligung hat der Exporteur der Ausfuhrsendung eine Devisenablieferungserklärung beizufügen, für die Formulare bei der Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe 10, erhältlich sind.

Die Bedingung der Ablieferung des Mindestbetrages von 40 Prozent in ausländischen Zahlungsmitteln entfällt

a) für die von Händlern getätigten Ausfuhrgeschäfte, bei welchen dem deutschen Käufer die Ausfuhrware in ausländischer Währung bezahlt wird,

b) für denjenigen Teil des Exportgeschäftes, der auf Grund englischer Gesetze (recovery-act) einbehalten wird, mit anderen Worten, eine Devisenablieferungspflicht besteht nur für den entsprechenden prozentualen Teil der restlichen 74 Prozent des Ausfuhrwertes.

Alle Waren der neuen Freiliste werden automatisch ausfuhrabgabefrei und unterliegen keinerlei Preisprüfung. Die Preisabgabe ist für diese Waren vom 27. Mai 1923 ab zu Markten zu legen.

Ausnahmen allgemeiner Art oder im Einzelfall von dieser Regelung zu gewähren, bleibt dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung vorbehalten.

Zumwiderhandlungen werden mit Geld- und Freiheitsstrafen, unter Umständen auch Warenbeschlagnahme, bestraft. Die Bekanntmachung tritt mit dem 27. Mai 1923 in Kraft.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

### Verkehrsberren.

Beim Güteramt Karlsruhe werden in der Zeit vom 28. bis 30. Mai leere Radmittel (leere Räder, Fässer usw.) nicht angenommen.

• Nr. 23 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachung: des Staatsministeriums: der Vollzug des Landesforstgesetzes; des Ministeriums des Innern: der kleine Grenzverkehr mit der Schweiz, hier Kraftwagenverkehr; Gebühren der Leichenhäuser; des Arbeitsministeriums: den Vollzug der Verordnung über die Verteilung der Gemeinlast bei Krankenkassen.

DZ. über die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Gewaltige Zahlen, die Aufschluß geben über die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Baden, finden wir im neuesten Heft der „Mitteilungen des Badischen Statistischen Landesamtes“ veröffentlicht. Darnach zählte der im Jahre 1908 gegründete Genossenschaftsverband des Badischen Bauernvereins, der ein Glied der im Jahre 1885 gegründeten Badischen Bauernvereins-Organisation darstellt, am 1. April des Jahres 1923 eingetragene Genossenschaft, und 198 Ortsvereine mit Warenbezugs, zusammen 1018 Vereinigungen mit über 100 000 Einzelmitgliedern, die größtenteils auch dem über 125 000 Mitglieder zählenden Bad. Bauernverein angehören. Er stellt sich somit heute hinsichtlich der Mitgliederzahl an die Seite der größten deutschen Genossenschaftsverbände. Ein Bild seiner wirtschaftlichen Bedeutung geben die Umsatzzahlen seiner Zentralgenossenschaft, die im letzten Jahre (in runden Zahlen) umgekehrt hat: 2 Millionen Zentner Kunstdünger, 400 000 Ztr. Mehl, 350 000 Ztr. Futtermittel, 250 000 Zentner Saatgut; ferner wurden noch in großem Umfange Salz, Kohlen, Holz, Heu, Stroh und Torfstreu vertrieben. Der eigene Getreideumsatz (ohne den der Verbandsvereine) betrug 100 000 Zentner. An Kartoffeln wurden 140 000 Zentner an die Verbraucher geliefert, des weitern größere Mengen Kraut, Mören usw., ferner 1 Million Eier. Maschinen wurden im Werte von über 41 Millionen Mark abgesetzt. Lager waren am 1. Januar d. J. 56 vorhanden. Die Bad. Bauernbank hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 33 1/2 Millionen Mark, im ersten Vierteljahr 1923 von 62 Millionen Mark.

DZ. Vom Heuberg, 27. Mai. Für den Heuberg wird eine umfangreiche Propaganda durchgeführt. Auf den Passagierdampfern einer großen Schiffsfahrtslinie wird, laut „Konstanzer Zeitung“, durch kurze, klare Prospekte den Passagieren Aufklärung erteilt, und aus Sammlungen der Passagiere sind bisher rund 5 Millionen Mark eingegangen. Der Reichspräsident hat 2 Millionen Mark überwiesen, andere Freunde der Kinderfürsorge auf dem Heuberg haben bisher 2 Millionen gespendet. Im Rahmen des deutschen Lebenssozialismus sind bisher aus Baden und Württemberg große Lebensmittelsendungen eingegangen. Die eingelaufenen Beträge werden nun zum Teil als Zuschüsse für den Betrieb verwendet, im übrigen werden dafür Vorratshilfen angeschafft, da die Nutzfürsorge sehr oft in dieser Hinsicht vollkommen unzureichend versehen sind. Es soll ein gewisser Grundstock an Vorratshilfen geschaffen werden, in besonderen Fällen sollen aber auch die Kinder die ihnen gebührende Hilfe, Kleider usw. mitnehmen.

DZ. Müllheim, 27. Mai. Der Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung eine Vorlage zu genehmigen haben, wonach Müllheim in die Zahl der großen Gemeinden eingereiht wird. Die Begründung hierzu zählt die Vorteile auf, welche den großen Gemeinden vom Standpunkte der Selbstverwaltung geboten sind. — Eine zweite Vorlage betrifft die Zuschüsse zum Betrieb der Lokalbahn Müllheim-Badenweiler. Hiernach werden die Gemeinden Badenweiler, Oberweiler, Niederweiler und Müllheim zur Aufrechterhaltung des Lokalbahnbetriebes bis zum Ende des Jahres Zuschüsse leisten, unter der Bedingung, daß mindestens die Bürgermeister von Badenweiler und Müllheim Mitglieder des Aufsichtsrates der Gesellschaft sind.

DZ. Lörrach, 25. Mai. Der bisherige Stadtratsrat Dr. Heinrich Graser, der von den bürgerlichen Parteien aufgestellt war, ist fast einstimmig zum zweiten Bürgermeister gewählt worden. Gegenwärtige waren nicht gemacht. Die Sozialdemokraten hatten sich an dem Wahlscheit nicht beteiligt.

## Aus der Landeshauptstadt.

Die Geburten der Stadt Karlsruhe im Jahre 1922.

(Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amt).

Der Geburtenausfall, den der Krieg im Gefolge hatte, hört mit Juli 1919 auf. Im August 1919 war die Zahl der Lebendgeborenen (die Totgeborenen sollen zunächst außer Betracht bleiben) um 95 größer als im Juli. Während im August 1918 142 Kinder geboren wurden, waren es im Jahre 1919 im August 268, im September 316, Oktober 331, November 340 und Dezember 301, zusammen 400 mehr als in den gleichen Monaten des Jahres 1914. Die Novemberziffer ist die höchste, die hier jemals in einem Monat festgestellt worden ist. Wenn auch seitdem die Zahl der Lebendgeborenen zurückgeht, zunächst hielt sie sich immer noch auf großer Höhe. In den einzelnen Monaten des Jahres 1920 schwankte sie zwischen 260 und 329, 1921 zwischen 243 und 313 und 1922 zwischen 199 und 275. Schon aus diesen Spannungsziffern erkennt man, wie wir uns vom Kinderreichtum der Zeitspanne August 1919/März 1920 entfernen. Nach Kalenderjahren betrachtet, ergeben sich für 1920 3371 Lebendgeborene, für 1921 3212, für 1922 nur noch 2870. Stellen schon die Jahre 1920 und 1921 nicht die des größten Kinderseins dar — die Zeitspanne 1907 bis 1910 weist im jährlichen Durchschnitt höhere Kinderzahl auf — so haben wir im Jahre 1922, vor allem in seiner zweiten Hälfte, die Vorkriegszeit nach unten bereits überschritten. Denn 1912 zählte man 3001 Lebendgeborene, 1913 2882 und 1914 2928. Im Jahre 1922 wurden nur noch so viel Kinder geboren wie etwa im Jahre 1900, als Karlsruhe um rund 40 000 Einwohner kleiner war. Damals entfielen auf je 1000 Einwohner 30 Geburten, 1922 waren es noch nicht 21. In der Reihe der Jahre nach 1900 war bisher (von der unter der Einwirkung des Krieges stehenden Zeitspanne abgesehen) 1913 das Jahr, das die wenigsten Geburten aufzuweisen hatte. Jetzt ist sein Minus-Nachord vom Jahre 1922 überholt worden.

Und in den ersten 4 Monaten des Jahres 1923 hat dieser Rückgang weitere Fortschritte gemacht. Schon bis Ende April fehlen selbst gegenüber dem, wie bereits erwähnt, bis 1921 geburtenärmsten Jahre 1913, 81 Kinder. Die Kurve der Geburtenzahl hat also ihre in den letzten 5 Jahren vor dem Kriege schärfer als vorher nach unten eingestellte Richtung nach einem kurzen Ansteigen von knapp 3 Jahren wieder aufgenommen. Diese Aufwärtsbewegung gleicht nur zu etwa einem Viertel den durch den Krieg hervorgerufenen Geburtenausfall wieder aus. Nimmt man an, daß wäre der Krieg nicht ausgebrochen, auch von Mai 1915 an (vorher konnten die Einwirkungen des Krieges sich nicht zeigen) bis Ende 1922 die jährliche Zahl der Lebendgeborenen ebenso groß gewesen wäre wie im Jahre 1914, so wären in der Zeit vom Mai 1915 bis Juli 1919 12 436 Kinder lebend geboren. In Wirklichkeit waren es nur 8326; somit ergibt sich ein Ausfall von 4110. Demgegenüber steht das Plus von 1013 Lebendgeborenen (11 010 statt 9997) aus der Zeit August 1919 bis Ende 1922. Demnach beträgt der Bevölkerungsverlust als Kriegsfolge allein auf der Seite der Geburten rund 3100 Personen. Eine Verminderung dieses Verlustes dürfte kaum noch eintreten, da nicht anzunehmen ist, daß die seit Mitte 1922 selbst über das Friedensmaß hinaus eingetretene Verschärfung des Geburtenrückganges in den nächsten Monaten zum Stillstand kommt. Als Ursachen dieser Verschärfung ergeben sich unschwer die der Begründung und Vergrößerung einer Familie sich entgegenstellende Wohnungsnot und in erster Linie die immer schneller zunehmende Geldentwertung, die ja Familien mit Kindern in besonders hohem Maße zu spüren haben und unter ihnen wiederum diejenigen, die nicht durch Krankenversicherung gedeckt, alle mit der Geburt eines Kindes verknüpften Kosten selbst zu tragen haben. Selbst eine normal verlaufene Entbindung dürfte samt den allereinfachsten Anschaffungen für Mutter und Kind zurzeit einen Aufwand von mindestens 150 000 M. erfordern; bei Komplikationen oder bei Inanspruchnahme eines Wöchnerinnenheims — die jetzt, zurzeit der Wohnungsenge und des Dienstbotenmangels, häufiger als je nötig wäre — wird diese Summe schnell aufs Doppelte ansteigen.

Mit der Zahl der Lebendgeborenen ging auch die Zahl der Totgeborenen zurück. Von 116 im Jahre 1920 auf 83 im Jahre 1921 und 79 im Jahre 1922. Auf je 100 Lebendgeborene entfielen in den Jahren 1920 bis 1922 3,4 bzw. 2,6 bzw. 2,8 Totgeborene gegenüber meist 3 und mehr in den letzten Jahren vor dem Kriege. Auch der Anteil der unehelichen Geburten hat sich in den letzten Jahren verkleinert. Die verhältnismäßig niedrigste Zahl weist das Jahr 1902 auf. Damals kamen auf je 100 eheliche Geburten 12,7 uneheliche. Seitdem stieg die Ziffer fast stetig; erst langsam, ab 1908 schneller, bis sie im Jahre 1918 auf 22,2 angelangt war, um dann wieder allmählich zu sinken bis auf 16,6 im verflorenen Jahre, in dem 416 uneheliche Geburten zu verzeichnen waren gegen 472 im Jahre 1921 und 533 im Jahre 1920. Im Jahre 1910 bis 1914 waren es 461 bis 491. — Endlich die Mehrlingsgeburten. Im Jahre 1920 erfolgten 54, 1921 37 und 1922 26, alles Zwillingsgeburten bis auf je 1 Drillingsgeburt im Jahre 1921 und 1922. Von je 1000 Geburten waren in den Jahren seit 1901 8,1 bis 16,8 Mehrlingsgeburten. Die für das ganze Reich berechnete Ziffer, bei der sich die Zufälligkeiten der einzelnen Gebietsteile ausgleichen, ist erheblich beständiger; sie bewegt sich in der Zeitspanne 1901/1919 zwischen 12,5 und 13,5.

Die geburtenbeschränkende wirkenden Ursachen machen sich natürlich nicht nur in Karlsruhe bemerkbar, sondern überall im Reich, und zwar im allgemeinen um so stärker, je größer die Stadt, am stärksten also in den Großstädten, am wenigsten auf dem Lande. In 46 Großstädten ging die auf 1000 Einwohner berechnete Zahl der Lebendgeborenen zurück von 22,3 im Jahre 1920 auf 20,1 im Jahre 1921 und 17,8 im Jahre 1922 — in Karlsruhe von 24,4 auf 23,4 und 20,7. In Karlsruhe fand also die Verhältnisse zurzeit weniger bedenklich als in anderen der in die Statistik einbezogenen Großstädte. Wie weit die allgemeine Großstadt-Geburtenziffer bereits gesunken ist, geht daraus hervor, daß sie — wie das Statistische Reichsamt in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ mitteilt — im Jahre 1922 um 4,2 niedriger als die für die größten englischen Städte ermittelte und im Jahre 1921 nur noch um 1,8 höher als die Geburtenziffer der 6 französischen, regelmäßig über ihre Bevölkerungsvorgänge berichtenden Großstädte. Wir wären also von dem französischen Zustande des beinahe Stillstehens der natürlichen Bevölkerungszunahme gar nicht mehr so weit entfernt, wenn nicht die für das ganze Reich berechnete Geburtenziffer erheblich höher wäre als die für ganz Frankreich.

Dr. D

\* Landestheater. Das für die Volkshöhne neuinstudierte Schauspiel „Der Strom“ von Max Halbe geht am Dienstag, den 29. Mai zum erstenmal in Szene. In den Hauptrollen wirken die Damen Emarth, Frauendorfer, Genter und die Herren Birtner, Gemmede, Rajchen und Litsch. Spielleitung: Otto Kienischer. — Karl Sternheims grotesk-satirische Komödie „Bürger Schappel“ wird am Mittwoch, den 30. Mai, von Felix Raumbach inszeniert, mit den Damen Clement und Koorman, sowie den Herren Dahlen (in der Titelrolle), Endlein, Höcker, Müller, v. d. Trend-Ulrici, Max Schneider und Brand zur Erstaufführung kommen.

\* Spende. Herr Kunstdruckerbesitzer Arthur Albrecht, in Firma Arthur Albrecht & Cie., hat anlässlich seines 25jährigen Geschäftsjubiläums und seiner silbernen Hochzeit dem Verkehrsverein eine Geldspende überwiesen, und aus dem gleichen Anlaß dem Oberbürgermeister eine größere Spende überreicht, die dem Waisenhaus überwiesen worden ist.

## Literarische Neuerscheinungen.

**Gesellschaftslehre.** Hauptprobleme der philosophischen Soziologie. Von Dr. Alfred Vierlanti, Professor der Soziologie und Philosophie an der Universität Berlin. (Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart.) — Den Gegenstand des Buches bilden die letzten Formen, Kräfte und Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens schlechthin und damit Gebilde, die unabhängig von allem historischen Wandel aus dem Wesen der Gesellschaft folgen. In inhaltlicher Hinsicht ergibt sich, daß alles gesellschaftliche Leben einen spezifischen inneren Zustand seiner Träger bedeutet, nämlich eine spezifische innere Verbundenheit in sich enthält, die von allen Anpassungs- und Nützlichkeitsverhältnissen grundverschieden ist. Das Buch will gleichsam eine Anleitung geben zum Gebrauch richtiger Kategorien im Bereich des gesellschaftlichen Lebens — will jedem, der sich mit den einschlägigen Tatsachen in irgendeinem Zusammenhang befaßt, ein Begriffswort an die Hand geben und ihm zu den richtigen Einstellungen der spezifisch sozialen Seite seines Gegenstandes gegenüber verhelfen. Was das Buch beherrscht, das ist der moderne Totalitätsgedanke. Dieser Gedanke meint: es gibt Gebilde, bei denen das Ganze alle Einzelheiten kausal bestimmt. Jedes Ganze ist dabei etwas völlig Individuelles oder sogar eine ausgesprochene Individualität, also etwas Einmaliges und Einzigartiges, das jedesmal seinem eigenen (singulären) Gesetz unterliegt, und dessen Entwicklung insbesondere nicht nur aus seinem persönlichen Gesetz heraus verstanden und nicht in der analytischen Form der rationalen Wissenschaften aus allgemeingültigen Gesetzen (aditiv) ableiten läßt. Jeder Historiker, Soziologe und Politiker, wie überhaupt jeder wirklich Gebildete, sollte dieses gediegene und bedeutende Werk gelesen haben.

### 4% Schuldverschreibung vom Jahre 1911 der Kraftwerk Rheinau, Aktiengesellschaft, früher Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft, Aktiengesellschaft Mannheim.

Bei der am 25. Mai durch das Badische Notariat III in Mannheim stattgefundenen Verlosung für das Jahr 1923 unserer 4% igen Schuldverschreibung vom Jahre 1911 sind folgende Stücke zur Heimzahlung am 1. September 1923 gezogen worden:

**Tit. A 16 Stücke zu M. 2000.—**  
Nr. 405, 454, 505, 616, 886, 1007, 1011, 1012, 1094, 1145, 1180, 1820, 2031, 2254, 2458, 2477.

**Tit. B 31 Stücke zu M. 1000.—**  
Nr. 2885, 3044, 3127, 3181, 3476, 3484, 3841, 3979, 4039, 4097, 4104, 4303, 4431, 4519, 4522, 4747, 4780, 4830, 5285, 5445, 5484, 5645, 5673, 5689, 6150, 6230, 6350, 6363, 6486, 6907, 6909.

**Tit. C 23 Stücke zu M. 500.—**  
Nr. 7901, 8154, 8618, 8833, 8861, 8959, 9030, 9144, 9159, 9233, 9430, 9539, 9939, 10018, 10632, 10744, 10800, 10878, 11017, 11217, 11223, 11383, 11476.

Die Heimzahlung dieser Schuldverschreibungen erfolgt ab 1. September 1923 zum Nennwert gegen Auslieferung der Stücke nebst nicht verfallener Zinscheine und Erneuerungsscheine durch die Gesellschaftskasse in Mannheim, sowie durch die auf der Rückseite der Zinscheine angegebenen Banken.

Rückständig zur Heimzahlung sind folgende Stücke:

**Am 1. September 1913**  
Tit. B. Nr. 3955

**Am 1. September 1919**  
Tit. A Nr. 853.  
" B Nr. 6623.

**Am 1. September 1920**  
Tit. A Nr. 697.

**Am 1. September 1921**  
Tit. B Nr. 3323, 6972.

**Am 1. September 1922**  
Tit. A Nr. 74, 115, 931.

Tit. B Nr. 3740, 3869, 5037, 5356, 5767, 6038, 6904.

Tit. C Nr. 8651, 9297, 9324.

Mannheim, den 26. Mai 1923.

Kraftwerk Rheinau Aktien-Gesellschaft.

### Verlosung von Schuldverschreibungen.

Von der 3 1/2 %igen Anleihe der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald vom Jahre 1885 wurden bei der Ziehung am 14. Mai 1923 durch das Los zur Heimzahlung auf 1. Dezember 1923 bestimmt die Teilschuldverschreibungen:

Tit. A Nr. 25, 35 und 145 über je 1000 M.;  
Tit. B Nr. 12 über 500 M.;  
Tit. C Nr. 56 über 200 M.

Die Kapitalbeträge können vom 1. Dezember 1923 an bei der Stadtkasse hier in Empfang genommen werden. Von diesem Tage an hört die Verzinsung auf.  
Neustadt, den 28. Mai 1923.  
Der Gemeinderat.

### Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

**Pforzheim. S. 337**  
Handelsregister-Eintrag.  
Firma J. Emrich, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Pforzheim. Gesellschaftsvertrag vom 23. April 1923. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Vertrieb von Bijouterie und Ketten, insbesondere die Liebermann- und Fortführung des bis her unter der Firma J. Emrich in Pforzheim betriebenen Fabrikationsgeschäfts in Mühllader und Kieselbronn. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Firma befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen im In- und Ausland zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen, deren Vertretung zu übernehmen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten. Stammkapital: 5 Millionen Mark. Geschäftsführer sind die Fabrikanten Alfred Emrich in Mühllader und Richard Emrich in Pforzheim; sie sind befugt, jeder für sich allein die Gesellschaft zu vertreten. Den Kaufleuten Emanuel Gutentun in Pforzheim u. Albert Seibold in Mühllader ist Einzelprokura erteilt. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger in Berlin. Die Fabrikanten Richard Emrich und Alfred Emrich in Mühllader und Richard Emrich in Pforzheim bringen als Sacheinlage das von ihnen unter der Firma J. Emrich in Pforzheim betriebene Fabrikationsgeschäft in Pforzheim mit den Fabrikbetrieben in Mühllader und Kieselbronn in Aktien und Passiven nach dem Stande der Bilanz per 31. Mai 1922 dargestellt in die Gesellschaft ein, daß das als auf Rechnung der Gesellschaft geführt gilt. Jedoch wird vereinbart: 1. Das im Grundbuch Pforzheim Band 78 Heft 29 auf den Namen der offenen Handelsgesellschaft J.

Emrich in Pforzheim eingetragene Grundstück Zg. Nr. 339 b ist von der Übertragung an die Gesellschaft ausgeschlossen und übernimmt andererseits die Gesellschaft die auf diesem Grundstück zugunsten der Karls über Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, vormals allgemeine Versorgungsanstalt in Karlsruhe eingetragenen Hypothekenschuld mit 57000 Mark nicht. 2. Von den im Grundbuch Dürenmang Heft 1719 eingetragene Grundstücke scheiden bei der Liebermann aus: a) von Geb. Nr. 80 ein Teil mit 6 a 63 qm, b) von Parz. Nr. 3016 ein Teil mit 28 a 31 qm, c) von Parz. Nr. 3049/2 ein Teil mit 6 a 10 qm. Diese Grundstücke sind aus dem dem Grundbuchamt Dürenmang überreichten Handbuch und Register des Geometers G. W. W. vom 4. November 1922 ersichtlich. Ausdrücklich wird vereinbart, daß auf diesen Grundstücken bestehen bleiben: a) das auf Parz. Nr. 377/XXII 74 eingetragene Wohnungsbenützungsrecht des Richard Emrich, b) das auf Parz. Nr. Geb. XXIII/30 h eingetragene Benützungsrecht des Alfred Emrich sowie das Liebermanns-, Zugangs- und Zufahrtsrecht, c) das auf Parz. Nr. 3016 a-i eingetragene Nießbrauchsrecht des Richard Emrich. 3. Der Übernahmepreis wird in folgenden Punkten erhöht: a) die mit 1 M. in der Bilanz übernommenen Maschinen übernommen um 876 168 M. 99 Pf., b) der Wert der Grundstücke wird erhöht auf 1 317 000 M., wovon auf Lg. Nr. 6 b in Kieselbronn 50 000 M. und auf die Grundstücke in Mühllader 1 267 000 M. entfallen. 4. Danach werden die Grundstücke der Bilanz übernommen: a) Altkaufmann 2 023 190 M., Wechsel 109 258 M. 90 Pf., Kasse 49 167 M. 66 Pf., Postkonto

21 939 M. 75 Pf., Effekten 32 255 M. 05 Pf., Maschinen 846 168 M. 99 Pf., Debitoren 6 278 310 M. 89 Pf., Grundstücke 1 317 600 M., zusammen 10 677 891 M. 24 Pf., b) Passiva: Hypotheken 73 400 M., Kreditoren 5 604 491 M. 24 Pf., zusammen 5 677 891 M. 24 Pf., der Mehrbetrag mit 5 000 000 M. wird den Fabrikanten Emrich auf ihre zu leistenden Stammeinlagen angerechnet, und zwar: Richard Emrich mit 1 600 000 M., Alfred Emrich mit 1 700 000 M., Richard Emrich mit 1 700 000 M., u. sind hiermit die Stammeinlagen in voller Höhe geleistet.  
Amtsgericht Pforzheim.

**Pforzheim. S. 338**  
Handelsregister-Eintrag.  
Firma „Delmona“ Uhrenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin mit Zweigniederlassung in Pforzheim. Vereinbarung der Vertretungsbefugnisse des Geschäftsführers Leo Loeske.  
Amtsgericht Pforzheim.

**Waldsöll. S. 284**  
Zum Handelsregister B ist bei O.-Z. 73 neu eingetragen die Firma: Transporthandels-Gesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Singen a. S. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Expeditionsgeschäftes, insbesondere die Vermittlung von Transporten, damit in Verbindung stehenden Versicherungsgeschäften, Vornahme von Vergütungen und Lagerungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, sich an Gesellschaften gleicher Art zu beteiligen, solche zu übernehmen und sich mit solchen zu vereinigen. Stammkapital: 3 500 000 M. Geschäftsführer ist: Hermann Schilling, Kaufmann in Singen. Gesellschaftsvertrag ist errichtet am 24. April 1923. Die Vertretung der Firma erfolgt, wenn ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen; wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, entweder durch

zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen zusammen.  
Raboldzell, 17. Mai 1923.  
Bad. Amtsgericht I

**Rastatt. S. 309**  
In das Handelsregister B Band II O.-Z. 3 wurde heute zur Firma Eisenwerke Guggenau, Aktiengesellschaft in Guggenau eingetragen: Die außerordentliche Generalversammlung vom 17. Mai 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von bisher 25 000 000 M. auf 50 000 000 M. beschlossen durch Ausgabe von 25 000 Stück Vorzugsaktien zu je 1000 M. Davon sind 24 000 Stück Stammaktien u. 1000 Stück Vorzugsaktien. Letztere haben 15fachen Stimmrecht, auch gilt sonst für sie das gleiche wie für die bisherigen Vorzugsaktien gemäß § 4 Abs. 2-6 der Satzungen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Die Kapitalerhöhung ist in dem Umfang wie beschlossen erfolgt. Die neuen Vorzugsaktien werden zum Kurse von 100% ausgegeben. Von den neuen Stammaktien werden durch ein Bankhaus 12 000 Stück zum Kurse von 4000% und 12 000 Stück zum Kurse von 10000%, übernommen, die ersteren 12 000 Stück mit der Verpflichtung, den Inhabern der bisherigen 24 000 Stück Stammaktien auf je 2 alte eine neue Aktie zum Kurse von 4500% anzubieten. Der § 4 Abs. 1 der Satzungen wurde entsprechend der Kapitalerhöhung neu gefaßt. Auf die notarielle Urkunde wird Bezug genommen.  
Rastatt, 18. Mai 1923.  
Amtsgericht.

**Schwefingen. S. 310**  
Handelsregister-Eintrag  
Abt. B Bd. I u. O.-Z. 1 — Deutsche Steingewerkschaft für Kanalisation und Chemische Industrie in Friedrichseld — Die von der Generalversammlung vom 11. Mai 1923 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals um

14 000 000 M. ist erfolgt, das Grundkapital beträgt jetzt 30 000 000 M. Außerdem wird bekannt gemacht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 38 600 Stück Stammaktien zu je 1000 M. und 1600 Stück Vorzugsaktien zu je 1000 Mark. Die neuen Aktien werden zu 125 Prozent ausgegeben.  
Schwefingen, den 22. Mai 1923.  
Bad. Amtsgericht 2.

**Schwefingen. S. 311**  
Handelsregister-Eintrag  
Abt. A Band III unter O.-Z. 121 — Heinrich Schel in Hohenheim — Inhaber ist: Heinrich Schel, Mechaniker in Hohenheim. (Fahrerhandel).  
Schwefingen, den 17. Mai 1923.  
Bad. Amtsgericht 2.

**Stadach. S. 292**  
Handelsregister A Bd. I O.-Z. 166 Firma Ludwig Keller in Stadach: Die Firma ist erloschen.  
Stadach, 19. Mai 1923.  
Bad. Amtsgericht.

**Triberg. S. 359**  
Handelsregister-Eintrag  
A Band II O.-Z. 33, Johann Wehrle und Söhne in Furtwangen. Die Firma ist erloschen.  
Triberg, 16. Mai 1923.  
Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

**Überlingen. S. 285**  
Zum Handelsregister B O.-Z. 8 betr. die Firma Biegelwerk Immenstaad Gesellschaft mit beschränkter Haftung: Immenstaad wurde als Liquidator eingetragen. Architekt Adolf Lang in Überlingen zum Zwecke der Übertragung des Eigentums an Grundstücken auf den Gesellschaftsliquidator und Liquidator Emil Seger in Immenstaad.  
Überlingen, 11. Mai 1923.  
Bad. Amtsgericht.

**Überlingen. S. 343**  
Unter O.-Z. 60 des dies. Handelsregisters Abt. B wurde heute eingetragen: Firma Rapp & Sigwart in Überlingen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Hermann Rapp, Ju-

### Badisches Landestheater.

Dienstag, 29. Mai. 6 1/2, -10 Uhr. Sp. I 7000 M. Abonnement G 21.

Th.-Gem. BVB. Nr. 1001-1100 und 1501-1700. In der Neueinstudierung und Neuinszenierung

### Aida.

**Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug.**

Auf Anordnung des Reichsfinanzministers wird die Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug im Bezirke des Landesfinanzamtes Karlsruhe neu geregelt. Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 an ist die volle freie Station (Verköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) folgendermaßen zu bewerten:

a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte mit täglich 2000 M., wöchentlich 14000 M., monatlich 60000 M., jährlich 720000 M.;

b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gemeindegeldbesitzer und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, mit täglich 2600 M., wöchentlich 18600 M., monatlich 80000 M., jährlich 960000 M.;

c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Beamte, Gutinspektoren) mit täglich 3300 M., wöchentlich 23100 M., monatlich 100000 M., jährlich 1200000 M.

Wird keine Wohnung (mit Heizung und Beleuchtung), sondern nur freie Verpflegung gewährt, so betragen die Wertansätze nur 1/2 der oben bekannt gegebenen.

Karlsruhe, den 24. Mai 1923.  
Landesfinanzamt, Abteilung für Beste- und Verrechnungssteuer.  
Dr. Gutmann.

### Bürgerl. Rechtspflege

**Streitige Gerichtsbarkeit.**

S. 261. Heidelberg. Der den Erben der am 10. November 1920 in Heidelberg verstorbenen Privatistin Charlotte Nebel unter dem 12. Juli 1921 erteilte Erbschein wird, da sich ergeben hat, daß derselbe unrichtig ist, für kraftlos erklärt.

Heidelberg, 16. April 1923.  
Bad. Notariat Heidelberg I als Nachlassgericht.

### Verchiedene Bekanntmachungen.

Die Stelle eines Verwaltungsassistenten der Stadt Tiengen (Niederrhein) ist alsbald zu besetzen. Besoldung nach Gruppe V. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften einreichen an Bürgermeisterei Tiengen.

Bei der hiesigen Stadtkasse ist sofort die Stelle eines Kassensassistenten zu besetzen. Gehalt nach Gruppe 5 der Besoldungsordnung.

Im Kassens- und Gemeinberechnungsdienst ersehene Bewerber wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschrift bis spätestens 5. Juni 1923 bei uns einreichen.  
Waldsöll, 25. Mai 1923.  
Gemeinderat.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.

Los II. 56 Eichen IV. und V. Klasse mit 35,71 fm.

Los III. 61 Buchen I., II., III. und IV. Klasse mit 102,27 fm.

Los IV. 86 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit etwa 180,00 fm.

Los V. 87 tann. Stämme und Abschnitte I., II., III. und IV. Klasse mit 180,58 fm.

Verzeichnisse u. nähere Auskunft durch das Bürgermeistereiamt. Schriftliche

Angebote wollen in Prozente der Landesgrundpreise bis Samstag, den 2. Juni d. J., mittags 12 Uhr, beim Bürgermeistereiamt eingereicht werden.

Kirchhofen, 24. Mai 1923.  
Das Bürgermeistereiamt.  
Wininger, Bürgermeister.

### Ruhholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen fünf Losen folgendes Ruhholz:

Los I. 81 Eichen I., II. und III. Klasse mit 60,46 fm.